

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkundigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zusatzzufasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr M. 3 (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 4

Herausgegeben vom Deutschen Bauarbeiterverbande Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluss des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 30 Pf für die dreispaltige Zeile oder deren Raum berechnet

Gegen die Wohnungsnot und für die Sozialisierung.

An die deutschen Bauarbeiter, Mieter, Siedler, Kleingärtner.

Die Vorstände der baugewerblichen Arbeiterverbände sehen mit großer Besorgnis das ständige Wachsen der Wohnungsnot. Hunderttausende von Familien sind entweder ganz ohne Wohnung oder müssen sich mit elenden Behelfswohnungen begnügen. In Frankfurt a. M. sind über 30 000, in Berlin über 40 000 Wohnungssuchende vorhanden, für die keine Wohnungen zu beschaffen sind. Wehlich liegen die Verhältnisse in andern Orten.

Die Ueberfüllung der Wohnungen und damit die Gefahr der schweren gesundheitlichen und sittlichen Schädigung großer Bevölkerungskreise nimmt ständig zu. Nach Schätzungen von Sachkennern fehlen in Deutschland zurzeit

rund eine Million Wohnungen.

Diese Wohnungen müssen gebaut werden, wenn alle unsere Volksgenossen in einigermaßen menschenwürdigen Behausungen untergebracht werden sollen. Sie können aber nicht gebaut werden, weil infolge des Wuchers mit Baustoffen aller Art die Baustoffen zu wahnsinniger Höhe emporgeklettert sind und weil die Mittel zum Wohnungsbau fehlen.

In den letzten Jahren haben die Regierungen und Parlamente versucht, die Wohnungsbautätigkeit durch Gewährung von Baukostenzuschüssen in Gang zu bringen. Die Mittel, die für diese Zwecke aufgewendet worden sind, waren vollständig unzureichend. Zur Beseitigung der Wohnungsnot wären Hunderte von Millionen nötig. Zur Aufbringung dieser Summen haben die Regierungen und Parlamente bis jetzt nicht das Nötige getan. Es besteht die Gefahr, daß die Wohnungsbautätigkeit in absehbarer Zeit ganz eingestellt werden muß, wenn nicht durch das Eingreifen der Volksgemeinschaft die nötigen Mittel zum Bau neuer Wohnungen beschafft werden. Der Rückgang der Bautätigkeit hätte

für die deutschen Bauarbeiter eine nie gekannte Massenarbeitslosigkeit

und eine gewaltige Steigerung des Elends zur Folge, dem auch die Organisation der Bauarbeiter nicht mehr steuern könnte. Auf der andern Seite führte die Einstellung oder die weitere Einschränkung der Bautätigkeit zu einer

maßlosen Vergrößerung der Wohnungsnot und zu einer so gewaltigen Steigerung der Mieten, wie sich das wohl heute nur wenige träumen lassen. Den Nutzen davon hätten die Hausbesitzer und Grundrentner, deren Eigentum gewaltig im Werte stiege. Den Schaden aber hätte das gesamte übrige Volk.

Diesen Gefahren gilt es entgegenzuwirken.

Es gilt, das Gewissen der Öffentlichkeit wahrzumachen und den Regierungen und Parlamenten den Ernst der Lage mit aller Eindringlichkeit und Deutlichkeit vor Augen zu führen.

Die Vorstände der baugewerblichen Arbeiterverbände, einschließlich des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, halten es für notwendig, daß die gesamte deutsche Bauarbeiterschaft ihre Wünsche an die Regierungen und Parlamente in einer ein-

heitlichen, nachvollzogenen Demonstration zum Ausdruck bringt. Sie rufen deshalb die deutschen Bauarbeiter auf, am 1. Juli Massenversammlungen in ganz Deutschland

abzuhalten, um dort ihre Forderungen an die Regierungen und Parlamente zu erheben.

Aber die Förderung der Bautätigkeit und die Beseitigung der Wohnungsnot geht nicht nur die Bauarbeiter an. Auch die Mieter, Siedler, Schrebergärtner, die Mitglieder der Baugenossenschaften, Heimstättenvereine usw. sind an dem Vorhandensein genügend guter, billiger und gesunder Wohnungen und somit an der Förderung der Wohnungsbautätigkeit interessiert. Sie müssen deshalb ihre Forderungen mit der deutschen Bauarbeiterschaft gemeinsam erheben.

Deutsche Bauarbeiter, Mieter, Siedler, Kleingärtner! Die Beseitigung der Wohnungsnot ist nur mit Hilfe umfassender Sozialisierungsmaßnahmen zu erwarten. Solange der Kapitalismus dem Volke im Nacken sitzt, solange Wucherer und Schieber das Volk ausplündern und durch ihr Treiben der Arbeiterschaft die Lust zur Arbeit nehmen, kommt das deutsche Volk nicht aus dem heutigen Elend heraus. Laßt uns deshalb zusammenstehen im Kampfe gegen die Schieber und Wucherer im Baugewerbe! Laßt uns den Kampf gegen die Selbstsucht aufnehmen und laut und deutlich die gemeinwirtschaftliche Regelung des Bau- und Wohnungswesens fordern.

Im einzelnen haben wir folgende Forderungen zu stellen:

1. Rückstandslose Erfassung des verfügbaren Wohnraumes unter Mitwirkung der wohnungslosen Mieter.
2. Beseitigung des privatkapitalistischen Wohnungswuchers durch Ueberführung des Besitzrechtes der Miethäuser in die gemeinwirtschaftliche Hand von Heimstätten und Heimstättenverbänden.
3. Schärfste Bekämpfung des Baustoffwuchers. Verbot des Abbruches von Bauhoffbetrieben. Ausbau des Beschlagnehmerrechtes an Baustoffen aller Art.
4. Sozialisierung der Zement- und Kalkindustrie und weitestgehende Unterführung der von der deutschen Bauarbeiterschaft eingeleiteten Sozialisierung der Baubetriebe.
5. Ueberführung des Besitzrechtes am Boden in die öffentliche Hand. Befreiung des Bodens mit der Grundpflicht intensiven Anbaues zur Hebung unserer Lebensmittelerzeugung.
6. Tatkräftige Unterführung der bestehenden gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften mit Land, Baukosten und Kapital zur Förderung von Heimstätten mit Gärten.
7. Sicherung und Erweiterung der bestehenden Landkolonien und sonstigen Kleingärten für landlose Wohnungen.

Deutsche Bauarbeiter, Mieter, Siedler, Kleingärtner! Wir erwarten, daß Ihr alleamt die Versammlungen am 1. Juli besucht, und sie zu einer Massenumgebung gegen die heutige Wohnungsnot und für die Inangriffnahme der Sozialisierung macht.

Die Vorstände der baugewerblichen Arbeiterverbände.

An unsere Vereinsvorstände!

Unsere Vereinsvorstände weisen wir hiermit noch besonders auf den vorstehenden Aufruf zu den Demonstrationsversammlungen am 1. Juli hin. Die Vereinsvorstände werden gebeten, umgehend alle Vorbereitungen für die Demonstrationsversammlungen zu treffen. Dazu gehört insbesondere

1. Abklärungnahme mit den Ortsverwaltungen der andern baugewerblichen Arbeiterverbände am Orte und den Ortsgruppen des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, den Siedler- und Mietervereinen, den Schrebergärtnern, Baugenossenschaften, Heimstättenvereinen usw.;
2. Festlegung der Versammlungsorte;
3. Bestellung von Referenten.

Vortragsmaterial wird den Referenten von uns durch die Bezirksleiter geliefert. Den Ortsvorständen der baugewerblichen Arbeiterverbände steht es frei, die Einberufung und Leitung der Demonstrationsversammlungen den Ortsauschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Gewerkschaftsstellen) zu übertragen beziehungsweise diese zu den Veranstaltungen mit heranzuziehen, sofern sie sich zur Mitwirkung bereit erklären.

Vereinsvorstände! Sorgt für einen guten Besuch der Versammlungen!

Der Verbandsvorstand.

Entscheidung des Bezirkstages für Pommern zur Sozialisierung.

Der Bezirkstag des Bezirks Pommern, der am 30. Mai im Stadtverordneten-saal in Stettin stattfand, hat gegen 1 Stimme folgende Entscheidung zur Sozialisierung angenommen:

Der Bezirkstag ist einverstanden mit den Beschlüssen des Verbandstages zur Sozialisierung des Bau- und Wohnungswesens und zur Gründung eines Verbandes sozialer Baubetriebe. Er verpflichtet die Vereine, die Sozialisierung nach Kräften zu fördern. Da von Reich, Staat und Gemeinden nicht genügend geschieht, um die Sozialisierung des Baugewerbes durchzuführen, so empfindet der Bezirkstag allen Vereinen, durch Aufbringung von Mitteln, entsprechend dem Beschluß des Verbandstages, selbst zur Einrichtung sozialisierter Baubetriebe beizutragen. Der Bezirkstag hält es für geboten, daß die Vereine für diesen Zweck einen wöchentlichen Beitrag von 1 Mk. einbringen und diesen Beitrag zur Förderung der Sozialisierung an den Bezirksauschuß abführen. Den Vereinen bleibt es überlassen, daneben auch noch Anteilscheine zur Einrichtung sozialisierter Betriebe auszugeben.

Die Entscheidung soll allen pommerschen Vereinen zur Stellungnahme unterbreitet werden. — Wenn es mit der Sozialisierung des Baugewerbes vorwärts gehen soll, werden auch alle andern Vereine und Bezirke unseres Verbandes die Einführung eines Sozialisierungsbeitrages erörtern müssen.

Unser Karlsruher Verbandstag. Siebte Sitzung.

Der Verbandstag nimmt zuerst Bericht über den Stand der Sozialisierung entgegen.

Ellinger, Hamburg: Der Verbandstag in Weimar hat den Verbandsvorstand beauftragt, die Sozialisierungsfrage zu klären und gangbare Wege für die Sozialisierung des Baugewerbes zu suchen. Der Verbandsvorstand hat diesen Auftrag erfüllt. Das Ergebnis seiner Bemühungen ist nicht so, daß es befriedigend kam. Immerhin wurde eine gewisse Klärung der Aufschauungen erreicht. Auf unsern vorjährigen Verbandstag waren noch viele der Meinung, daß sich die Sozialisierung gewissermaßen mit einem Schlage durchführen lasse. Die Diskussion zum Verbandsbericht auf diesem Verbandstage hat gezeigt, daß der ganze Verbandstag darin einig ist, daß man nicht in den Sozialismus hineinspringen kann. Vielmehr als erster Vertreter der Opposition hat das in ausgesprochener Weise dargelegt. Er verglich die Wirtschaft und die Gesellschaft mit einem lebenden Organismus und sagte, daß die

Verbandskalender 1921.

Die Verbandsmitglieder, die einen Kalender kaufen wollen, sind gebeten, diesen beim Vorstande ihres Vereins baldmöglichst zu bestellen. Die Vereinsvorsitze werden diese Bestellungen sammeln und dem Verbandsvorstande übermitteln, der darnach die Auslieferung des Kalenders feststellt.

Es werden nur soziale Kalender angefertigt, wie sich aus den bei dem Verbandsvorstande eingegangenen Bestellungen ergibt, so daß nur die Mitglieder darauf rechnen können, einen Kalender zu erhalten, die einen solchen bei dem Vorstande ihres Vereins bestellen. Der Preis läßt sich noch nicht genau angeben, doch wird er wohl auf 3,50 M. bis 4 M. zu stehen kommen.

Die Vereinsvorsitze sind gebeten, dem Verbandsvorstande spätestens bis Ende Juli mitzuteilen, wie viele Kalender sie für ihren Verein nötig haben.

Der Verbandsvorstand.



arbeitsministerium. Daneben bezieht sich die Landesregierung und die unterstellten Bezirkswohnungsämter. Neuerdings haben auch die Wohnungsämter für gewisse Funktionen der Bauwirtschaft übernommen. Das ist natürlich eine Organisationsmaßnahme, die sich natürlich auch auf die Bauwirtschaft auswirken wird. Bis sich alle diese Verhältnisse nicht besser von Beamten auf eine einheitliche Linie bringen lassen, haben die Arbeiter ihre Bauoffize dahin geschoben, wo sie sie haben wollen. Der Fachmann kann es nicht wundern, wenn die Bauwirtschaft unter diesem System zusammengebrochen ist. Es würde zu weit führen, ihnen hierauf für eine beherrschende Organisation der Bauwirtschaft zu unterbreiten. Nur eines möchte ich heute schon sagen, daß diese Reorganisation nur möglich ist, wenn eine Reichsstelle, und zwar das Reichswirtschaftsministerium, die Bauoffize beauftragt, und wenn man sich entschließt, die wichtigsten Bauoffize zu sozialisieren, was für mich nicht gleichbedeutend ist mit Verkaufung oder Verstaatlichung. Ich komme auf diese Frage später noch einmal zurück. Wir wissen, daß uns bald der Zement, bald der Kalk, bald die Dachsteine, bald die Ziegelsteine und bald die Kacheln beim Bau ausgingen. Woran lag das? Unter anderem wesentlich daran, daß die Kohlen für die Produktion dieser Baustoffe ganz planlos verteilt. Anstatt die Kohlenverteilung so zu regeln, daß die zum Bau einer Wohnung notwendigen Baustoffe untereinander in Beziehung gebracht wurden, mußten wir es bei der gegenwärtigen Verteilung in der Organisation erleben, daß den Dachsteinfabriken Kohle für 30 000 Wohnungen, den Kalkwerken Kohle für 100 000 Wohnungen, den Ziegelfabriken Kohle für 50 000 Wohnungen, den Zementwerken Kohle für 25 000 Wohnungen zur Verfügung gestellt wurden. Dieses planlose Verteilung hat die Preise für das Baueisen, das Baueisen, das Baueisen, das Baueisen monatlang stilllegen oder auf Scheitelpunktspreise verlagert werden. Ein nicht minder schwerer Fehler der Baupolitik des letzten Jahres war der, daß die Bewilligung der Baupolitik fast ohne jede Beziehung zu den verfügbaren Baustoffen erfolgte. Die Folge war, daß sich die einzelnen Baueisen ausgingen, was natürlich noch schlimmer war, denn wir in die Bauten unvollendet liegen lassen mußten. Gätten wir im Bereiche weniger Baueisen angefangen, dann hätten wir anstatt 30 000 vielleicht 60 000 Wohnungen fertigstellen können.

Was die Baustoffe anpaß werden, erinnere man sich einer Mahnung, die der Militarismus während des Krieges ausgegeben hat, die Befehlshaber der Baustoffe. Die Bezirkswohnungsämter erhielten das Recht zur Befehlshaber. Dieses Recht hätte eine vorläufige Waffe gegen den Wucher werden können. In Wirklichkeit war das Recht darauf ausgelegt, daß es auf dem Papier stehen blieb. Kein Bauerfer konnte es wagen, eine Befehlshaber durchzuführen. Schon der bürokratische Weg war mit Dornen gepflastert, und wäre er befreit worden, dann hätte man nicht mehr, sondern weniger Baustoffe erhalten. Im Hintergrund der Befehlshaber stand der Boykott des Kapitalismus, dem sich ein Bauerfer, selbst wenn der Staat eine Genehmigung nicht erteilen konnte. Mit Erfolg befehlshaber konnte nur eine nichtbaue Anlage, der Bezirkswohnungsamt, und der glaubte nicht das Recht zu haben für sich, also für unbestimmte Zwecke zu befehlshabern. Wir werden für die kommende Zeit von allen Militarismus zu lernen haben. Ist die Wohnungsämter ein nationaler Plan, dann werden wir wie der Militarismus, brutal durchgreifen müssen. Die gemeinnützigen Bauoffizeinsparvereine werden da nehmen müssen, wo sie finden. Und nicht nur neues Material, sondern auch alte. Wir müssen das Recht erhalten, nationalwirtschaftlich überfällige alle Bauten zu beschlagnahmen und abzugeben. Das überfällige Material muß auf diesem Wege dem Wohnungsbau zugeführt werden, anstatt zu Wucherpreisen in den Handel zu kommen. Wir müssen unbedingt das Recht erhalten, volkswirtschaftlich unwichtige Bauten, zum Beispiel alle Schuppen, Räume, Gebäude und Anlagen, selbst wenn der Staat eine Genehmigung nicht erteilen dürfte. Die Entscheidung darüber, was volkswirtschaftlich wichtige und unwichtige Bauten sind, darf keinesfalls dem jeweiligen Besitzer der Baustoffe überlassen bleiben. Wohin der heutige Rechtszustand führt, der dem privaten Kapitalisten das Verfügungsrecht über die Produktionsmittel zugeführt, haben wir natürlich ein wenig abzuwenden, nicht nur für den Bau. Wie ein Würgerengel schreiet der Kapitalismus durch alle Wirtschaftsbetriebe und stellt die Produktionsstätten auf „Abruch“ zum Verkauf. Er macht hierbei keinen Unterschied zwischen allen stillgelegten und arbeitenden Betrieben. Bei den geliegten Preisen für Baustoffe und

Maschinen, sucht er sich für den Abruch sogar die am modernsten eingerichteten Werke heraus, weil er aus ihnen die höchsten Preise erzielt. Ein Bild in die Tagesstellungen zeigt uns, in wozu großem Umfange jetzt Deutschlands Produktionsstätten auf Abruch verkauft werden. Ziegelwerke und Zementwerke werden zu Hunderten niedergelegt. Tausende von Arbeitern werden brotlos gemacht, blühende Gemeinden in ihrer Existenz erschüttert. Sie nutzen einen nationalen Notstand des Volkes, die Rohlennot, aus, schließen ihre Produktionsstätten in der Form von Syndikaten zusammen, legen 11 Werke still, bringen vielleicht 10 davon ab, um am dem 12. Werk um so sicherer dividenden herauszuschütten zu können. Diese Entwidlung der Dinge haben wir heute in brutaler Ausdrucksform in der Zement-, Kalk- und Ziegelindustrie vor Augen.

Die Verfassung in der Bauwirtschaft der Baustoffe wird wohl einen entscheidenden Einfluß auf ihre Preise haben. Mehr Baustoffe zum bauen können wir aber erst dann erhalten, wenn den Baustoffbetrieben mehr Kohle zugeführt werden. Um die Baustoffe für eine dreizehnhundert Wohnung zu stellen, brauchen wir mindestens 16 Tonnen Kohle, für 200 000 Wohnungen brauchen wir demnach jährlich mindestens 3 Millionen Tonnen Kohle. Diese Menge steht uns aber für den Wohnungsbau nicht entfernt zur Verfügung. Wenn man bedenkt, daß wir im Jahre 1913 allein 180 Millionen Tonnen gefördert haben, so müßte man glauben, daß es ein leichtes sei, die Kohlenförderung zu steigern, daß die Baustoffe flüssig zu machen. Das ist aber der Fall. Im Jahre 1919 konnten wir nur etwa 110 Millionen Tonnen fördern und davon gingen noch etwa 40 Millionen Tonnen an die Exporte. Sollte uns das Gebiet Oberschlesiens mit seiner mit als 40 Millionen Tonnen Jahresförderung auch noch verloren gehen, dann muß es mit der Kohlenförderung der Baustoffindustrie noch trostloser werden als im Jahre 1919. Was ist da zu tun? In erster Linie müssen Bergarbeiterwohnungen gebaut werden, damit die Bergarbeiter vermehrt werden. Die Kohlenproduktion gefördert werden kann. Die Förderung hat also durchgereichte Maßnahmen zu treffen, daß das verfügbare Baumaterial in die Bergwerkreise geleitet wird. Da aber der Bau von Arbeiterwohnungen zur Steigerung unserer Nachfrageplanmäßigkeit ebenso dringlich ist und überdies noch Baustoffe in den Städten zur Behebung der dringlichsten Wohnungsnot gebraucht werden, so bleibt kein anderer Weg als eine äußerste Kraftanstrengung zu leisten, die Kohlenförderung zugunsten des Wohnungsbaues zu steigern. Vielleicht gelingt es dem Deutschen Bauarbeiterverband, in Verhandlungen mit dem Bergarbeiterverband diesen Ziel unter mehr festliegenden Sicherungen für die Bergarbeiter und Bauarbeiter zu erreichen. Ich kann mir denken, daß Bergarbeiter und Bauarbeiter gemeinschaftliche Siedlungsvereinigungen gründen und unter Ausschluß kapitalistischer Gewinne Hand in Hand arbeiten.

Wenden wir uns nun einigen Sondergebieten der Bauwirtschaft zu. Die Baukosten vor zunächst die Preissteigerung der wichtigsten Baustoffe. In der Zeit vom 1. Januar 1919 bis 1. April 1920 sind die Preise in Berlin gestiegen für: Mauersteine um 270 %, Zement um 488 %, Kalk um 560 %, Zink um 810 %, Holz um 1800 %.

Die Maurerlöhne sind aber um nur 239 % gestiegen. Nehmen wir an, daß eine Preissteigerung der Baustoffe um über 250 % ungeschädlich ist, dann hätten wir ein solches Bauprogramm von nur 100 000 Wohnungen den kapitalistischen Baustoffbetreibern, Händlern und Schiebern folgende Summen geschickt: Für Mauersteine 22 Millionen Mark, für Zement 31 Millionen Mark, für Kalk 80 Millionen Mark, für Zink 60 Millionen Mark, für Holz 500 Millionen Mark. Das sind allein schon 700 Millionen Mark. Dazu kommen noch die andern Materialien, wie Dachsteine, Glas, Kacheln, Installationsmaterial, Beschläge usw. Man sagt immer: Die fröhlichen schwachen deutschen Wirtschaftskörper könne man nicht sozialisieren. Gänge weg! Die Kapitalisten und Schieber der Baustoffe sind die einzigen, die den Preis für sich selbst erhöhen. „Zulassen!“ Weshalb sollen wir uns nicht weigern können, dem Wucher den Tribut zu verweigern? Wer es schon vor dem Kriege empfand, wenn der Kapitalismus die Konsumgüter einschränkte, so ist es heute geradezu grotesk, wenn wir uns nicht weigern können, die Baustoffe zu bezahlen. Die Baustoffe sind die einzigen, die den Preis für sich selbst erhöhen. „Zulassen!“ Weshalb sollen wir uns nicht weigern können, dem Wucher den Tribut zu verweigern? Wer es schon vor dem Kriege empfand, wenn der Kapitalismus die Konsumgüter einschränkte, so ist es heute geradezu grotesk, wenn wir uns nicht weigern können, die Baustoffe zu bezahlen. Die Baustoffe sind die einzigen, die den Preis für sich selbst erhöhen. „Zulassen!“ Weshalb sollen wir uns nicht weigern können, dem Wucher den Tribut zu verweigern?

Die Notwendigkeit der Sozialisierung der Bauwirtschaft habe ich in Nummer 11 des „Grundstein“ ausführlich einandergeleitet. Hier liegt der Schlüssel überaus in offenkundiger Hand und auch die Verbraucher sind überwiegend gemeinnützige öffentliche Organe. Zwischen den Produzenten und Konsumenten hat sich der Wucher eingeschoben, der die Holzpreise im freien Spiel der Straße auf eine unerschwingliche Höhe getrieben hat. Wie sehr es dem Holzhandel mit dem Abbau der Preise ernst ist, zeigt ein Programm, an dessen Spitze die Forderung steht, an den Willkürgebern beim Wiederaufbau von Nordfrankreich beteiligt zu werden. Auch die Holzlieferanten für die Bergarbeiterwohnungen sind der Verband in die Hand zu nehmen und die Aufsicht von Staat zu legen. Dieser Zustand der heutigen Holzwirtschaft ist ein Schulbeispiel dafür, daß der Kapitalismus am hemmungslosesten gerade die öffentlichen Organe zu schreyen versteht. Was die Geschichte über die Sozialisierungsbewegung nicht zeigt, das zeigt die Statistik über die Baustoffpreise.

Mein Urteil über die Dringlichkeit der Sozialisierung der Zementindustrie finden Sie in Nummer 19 des „Grundstein“. Die Sozialisierung dieses Zweiges der Bauwirtschaft ist selbst von Kreisen verlangt worden, die nicht auf sozialistischen Boden stehen. Ihre Durchführung ist besonders einfach und

Mit dem, was wir jetzt in die Wege leiten, nehmen wir den Kampf um die Befreiung der Ausbeutung auf. Es müßte mit dem Kampf ausgehen, wenn unsere Kollegen für diesen Zweck nicht die gleiche oder eine noch größere Opfermühseligkeit aufbrächten, wie für den Kampf um eine kleine Lohnbesserung. Eine andere Aufgabe unseres Verbandes wird es sein, das richtige Verhältnis zu finden zwischen dem Kampf um die sozialistischen Betriebe. In den Genossenschaften und sonstigen sozialen Baubetrieben stehen uns keine ausbeuterischen Unternehmer gegenüber, sondern unsere eigenen Kollegen. Daraus ergibt sich ganz von selbst, daß wir diese Betriebe gegenüber einer anderen Stellung einnehmen müssen, als den Privatunternehmern gegenüber. Wir können sie nicht mit denselben Mitteln bekämpfen wie die Privatunternehmer. Es wird versucht werden müssen, für diese Betriebe die Lohn- und Arbeitsbedingungen besonders zu regeln. Streiks sollten in solchen Betrieben möglichst vermieden werden. Wir brauchen für diese Dinge durch den Verbandstag keine Richtlinien festlegen zu lassen, sondern können die Lösung dieser und der sonst noch auftauchenden Fragen ruhig dem Verbandsvorstand überlassen.

Dann bin ich zu Ende. Ich hoffe, daß wir nach der Ausbeutung zu einer einmütigen Entscheidung des Verbandstages kommen. Es handelt sich um die Erlangung eines großen Ziels. Die Unternehmer haben das begriffen. Sie haben den Kampf gegen die Genossenschaften und sonstigen sozialen Betriebe mit aller Kraft aufgenommen. In Österreich haben sie die Leiter von Genossenschaften gemahnt. In mehreren Orten ist es bereits zu Kämpfen mit den Unternehmern wegen der Genossenschaften gekommen. Die Unternehmer wollen ihre Herrschaft aufrecht erhalten. Sie wollen die Ausbeutung der Arbeiter fortführen. Wir aber wollen ihre Herrschaft brechen und die Ausbeutung beseitigen. Das ist der Kampf, der nun begonnen hat. Laßt uns diesen Kampf führen mit aller Kraft. Die Bauarbeiter haben immer als die Avantgarde der deutschen Arbeiter gegolten. Wir wollen auch in dieser Frage die Avantgarde sein. (Braus) Der Verbandstag nimmt im Anschluß an den Bericht Glingers gleich das Referat Dr. Wagners über

Bauwirtschaft und Bauoffizienfrage

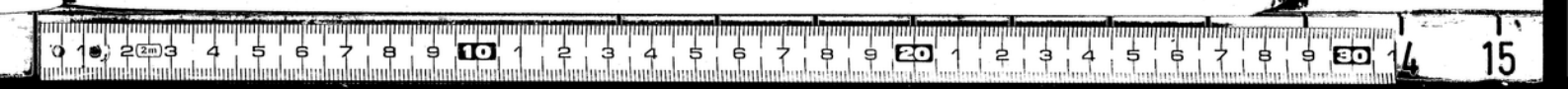
Schulhauser Dr.-Ing. Martin Wagner: Das Vertrauen des Verbandsvorstandes gibt mir die Ehre, vor Ihnen ein Referat über die Bauwirtschaft halten zu dürfen. Wir betreten damit ein Verhandlungsgebiet, das praktische, soziale und politische Umfänge. Lassen Sie mich eingangs meine Ausführungen dem Wunsch widmen, daß der Verbandstag die sozialistische Politik der Bauwirtschaft als die Grundlage des Sozialismus beginnt. Unser Volk strebt nach Gerechtigkeit und Gleichheit, antreten zum Kampf gegen den Kapitalismus. In der Front gegen den Kapitalismus ist die Raum für jeden Sozialisten. Überwinden wir uns nicht an der Schwelgerei des Sozialismus. Freie und bare es nur eine Lösung geben: Gemein antreten oder uns getrennt schlagen lassen.

Die Wirtschaftspolitik haben die Gewerkschaften früher den politischen Parteien überlassen. Das muß heute anders werden. Unter der Herrschaft des alten Regimes war für eine aktive Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften kein Raum. Selbst die politischen Parteien konnten den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung nur indirekt beeinflussen. Mit der Revolution ist der Einfluß des werktätigen Volkes auf die Wirtschaftspolitik enorm gestiegen, damit naturgemäß auch die Verantwortung der Gewerkschaften. Die Gewerkschaften können aber nur die tragen, die produzieren, die Wirtschaft machen. Und das sind die Berufsverbände und nicht die politischen Verbände. In diesem Sinne haben die Gewerkschaften sich auf einen andern Wirkungsbereich auszuweiten. Haben der Bauoffizien haben sie in Zukunft auch Produktionspolitik zu betreiben.

Die Größten des Bauarbeiters hängt nicht nur von den Löhnen ab, sondern auch a) von den verfügbaren Produktionsmitteln und b) von dem Preis der Produktionsmittel. Wenn kein Baumaterial da ist, kann nicht gebaut werden, und die Bauarbeiter haben einen Preis, der weniger als der Preis der Bauarbeiter mit Arbeitslosigkeit bedroht. Geben wir uns doch immer wieder vor Augen, daß der Bauarbeiter mit an erster Stelle an der Befriedigung der fundamentalsten Bedürfnisse des Menschen, Wohnung, Kleidung, Nahrung, beteiligt ist. Können wir dem Volke nicht genügend Wohnungen bauen, so muß die ganze Wirtschaft in sich zusammenfallen. Wir wissen doch heute, daß die Steigerung der Kohlenförderung und der landwirtschaftlichen Güter von dem Bau neuer Wohnungen abhängt. Das Wohnungsbedürfnis ist nach der fünfjährigen Behinderung der Bauwirtschaft durch den Krieg ins Ungeheure gesteigert. Lassen wir vor dem nächsten Krieg eine jährliche Bedarf von 200 000 Wohnungen, so ist er heute auf über 1 Million gestiegen. Wie haben wir im Friedensjahre 1919 diesen Bedarf befriedigt? In ganz Deutschland sollen nicht 30 000 Wohnungen erstellt worden sein. Dieser Mangel ist eine einzige Plage. Eine Anlage an was? An die Bauarbeiter? Gewiß nicht. Wägen auch hier und dort in der politischen Hitze des Jahres 1919 Irrungen und Wirrungen vorgekommen sein, ihr Einfluß auf die Minderung der Bauwirtschaft war aber gering. Der gesteigerte Bedarf an Wohnungen konnte nicht befriedigt werden, weil nicht genügend Kapital und Baustoffe da waren. Die Schuld an diesem Mangel trägt in erster Linie die Regierung.

Ueber die ungenügende Vorbereitung der Finanzierung der Bauwirtschaft habe ich hier nicht zu sprechen. Ich weiß nicht, ob an andern Wirtschaftsbereichen sozialistisches Bewußtsein im Auge gefaßt worden ist. In der Bauwirtschaft der Baustoffe löste im Jahre 1919 eine Befehrs die andere ab. Die Kriegsmittelstellen, die unter dem trostigen Regime des Militarismus noch am besten gearbeitet haben, gaben ihre Befehrs an die Demobilisationskommission ab und diese wieder an die Bezirkswohnungsämter. Diese Kommission hat keine Machtvollkommenheit, nur die Befehrs dieses Jahres quittiert hat. Heute ist die Bauwirtschaft vollkommen desorganisiert und zerstört. Ein Ziel der Zukunft liegt beim Reichswohnungsamt, ein Ziel beim Reichs-

mes großen im N u r i die Berg- woz wegen folgen Scher nicht möglich aus dem verbaudern im Bergbau ngen die ung eines von dieser professionieren ihn, damit kann. Das es handelt es möglich wenn man zeit wieder die durch hollen ur sind. Er rung des und man- schlichen ch glaube, eden nicht begriffen, ie eigene ernermer geschaffen was wir Mehrwert ndern der die Ein- der Bauer wird, auch die gegenüber Der mit teins. Mit gehen in e große in heran- n zeigen il. Sie ertand- begründet bedürfnis eiligen anquieren. werden und werden bedürftig und die en. Der Sozialis- Wirtschaften- soziale zoffieren. Mal von läßt sich tändig, efordere n. Zur weiden, abgelegen sich so Wirtschaft. Wenn er. Wir t kurzer Wicht- ließen Beitrag abigung t, denn Kampf vorstand möglichst en und art zur ttel zur Die Wirtschaft aus- wir mit haben? Ich, die tung Wirtschaft wie die in der sich für laugen, angung ch wird Ich en mit Dpfer eichte, im (sehen, ertung tigung.



zur Zusammenfassung der Kräfte schaffen. Wir können dies nicht den einzelnen Vereinen oder Bezirken überlassen. Ich unterliege daher dem Antrag 226, der die Herangebe von Mitteln zu diesem Zwecke will. Oben wir auch das Privatkapital sucht Einfluß auf die Genossenschaften zu gewinnen. Ehen wir uns also, damit uns nicht die Errungenschaften einer revolutionären Gesellschaftsperiode verloren gehen.

Meyer, München: Wir begrüßen den Vorschlag des Verbandes. Ich stimme jedoch darin zu, daß wenn es nicht gelingt, die Genossenschaften zu einem Gange zusammenzuführen, es leicht dahin kommen kann, daß sich ganz eigenmächtige Bezirke entwickeln, die nichts weiter als Affordolomonen sind.

Schulz, Frankfurt a. d. O.: Ich bin ein Freund der Genossenschaft. In unserm Verein haben wir ebenfalls eine Genossenschaft gegründet. Zur Durchführung der Sozialisierung brauchen wir notwendig eine neue Gesetzgebung, die das Wohnungswesen, Baustoffbeschaffung und Verarbeitung regelt. Wir brauchen auch neue Wege, um die Arbeiter zur Beteiligung der Wohnungsnot aufzubringen.

Wander spricht gegen den Schlußantrag. **Wander** spricht für den Schlußantrag, der auch angenommen wird.

Stadtbaurev. Wagner (Schlußwort): Ihr Kollege Gedert ist hier aufgetreten als Politiker auf lange Sicht. Er macht mir zum Vorwurf, daß ich kein Politiker bin. Gewiß, ich bin kein Politiker. Ich bin der Meinung, daß uns die Zeit allein retten kann. Was heißt politische Macht? Sind es Mandatengewinner? Diese Frage erkenne ich nicht an. Ideen sind Macht, geistige Macht. Diese geistige Macht kommt zum Ausdruck in einem Programm. Gaiße Gedert die politische Macht, dann müßte er genau so die Probleme durchdenken, wie wir es getan haben. Wir besaßen nicht den Stein der Weisen in der Tasche, um dies in Revolution, sondern nur eine Evolution gibt. Man kann das wirtschaftliche Gebäude nicht mit einem Anstoß aus dem Arbeiterlager herausheben. Wer das glaubt, der predigt Phrasen. Was ist die Kommunisten in Ausland? Sie besetzen die bereits bestehenden Produktionsgenossenschaften und wollen sie ausbauen. Wir können wohl von heute auf morgen ein sozialistisches Parlament schaffen, aber wir können nicht den sozialistischen Geist in einem Zuge befehlen. Wenn Wander und Gedert unter dem Druck von Mandatengewinnern und der Unmöglichkeit des Sozialismus kämpfen wollen, so muß ich erklären, daß ich das nicht mitmachen kann. Eine Opposition der Tat ist für mich als eine Opposition im Sinn der Theorie. Ich glaube aus den Ausführungen von Gedert entnehmen zu können, daß er im Grunde nicht abgesehen ist, mit uns Hand in Hand zu arbeiten. Resolutionen allein mehr oder weniger unter den Tisch. Ich schlage Ihnen daher vor, daß sie in kurzer Zukunft einen Kongress mit uns gemeinsam veranstalten mit Siedlern und ähnlichen Organisationen veranstalten, durch die wir die Regierung und andere Körperschaften anlösen und auflösen, mit der Frage der Sozialisierung des Bauwesens nun endlich ernst zu machen. (Geheulter Beifall.)

Glinger: Ich halte es für außerordentlich wichtig, daß wir beschließen, der Anregung des Stadtbaurev. Wagner zu folgen. Wir müssen leber stillhalten, daß es in Stadtverwaltungen noch viele Leute gibt, darunter auch Sozialisten, die nicht das nötige Verständnis für unsere Forderungen haben. Solcher Art glaubt, daß sich auf diesem Wege die Sozialisierung nicht erreichen läßt. Diese Meinung ist es möglich, durch die Selbsthilfe der Bauarbeiter ein großes Gut vorwärts zu kommen. Wir werden die notwendigen Mittel durch die regelmäßigen Beiträge in kurzer Zeit nicht aufbringen können. Deshalb müßte man Hilfe leisten durch Beschäftigung der Arbeiter. Der Leiter der Berliner Produktionsgenossenschaft, Bredowski, Kommunist ist. Das ist eine eigenartige Erscheinung, daß die Kommunisten jeden abschließen, der etwas tut, was ihnen nicht gefällt. Das haben sie am Sonntag bei Bally auch getan, den sie als Bürgerlichen bezeichnen. Es waren allerdings keine Kommunisten, die diesen Grundbezug hatten. Tatsächlich ist Bally an leitender Stelle bei den Kommunisten tätig gewesen. In London sind die Arbeiter durch die Diktatur nicht zum Sozialismus, sondern zur schlimmsten Reaktion gekommen. Das würde auch an anderen Stellen geschehen. Wenn man eintritt, daß es auf diese Art nicht geht, dann muß man eben andere Wege einschlagen. Ich gebe zu, daß die Kollegen, die in Genossenschaften arbeiten, eine verbesserte Arbeitsarbeit leisten. Arbeiten sie viel, verdienen sie viel. Wir müssen uns klar darüber sein, daß es darauf ankommt, die Produktion zu steigern. Ein Volk kann nur soviel verbrauchen, wie es erzeugt. Erzeugt es viel, hat es viel zu verbrauchen. Aus diesem Grunde müssen wir die Arbeitsleistung steigern, natürlich nicht auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter, sondern durch verbesserte Arbeitsmethoden, Verbesserung der Betriebsmittel usw. In Anbetracht hat in die Sowjetregierung zur Einführung der Arbeitsarbeit aufgerufen; ein Beweis, daß die Welt sich verändert. Ich teile Sie. Ein Unterschied zwischen unsern Meinungen besteht nur darin, daß wir uns keinen Illusionen hingeben, was umgekehrt bei den Kommunisten wohl vielfach der Fall ist. Von jeder haben die Arbeiter für das Endziel gekämpft, haben aber dann immer das vergessen, was sie bekommen konnten. Wir wollen also das gleiche Einverständnis. Wir wollen es erreichen, so müssen wir unsere Kräfte sammeln, die Kollegen aufrufen zum Kampf um die Durchführung des vollständigen Sozialismus. (Beifall.)

Die Entschließung zur Förderung des Kleinwohnungsbaus wird gegen wenige Stimmen angenommen. Die Entschließung zur Sozialisierung des Bauwesens wird gegen 30 Stimmen angenommen. Die Entschließung des Stadtbaurev. Wagner wird gegen eine Stimme angenommen.

Der Antrag 226 wird mit großer Mehrheit angenommen. Antrag 227 ist durch die Annahme der Entschließungen erledigt. Der Antrag von Glinger, der die Regierung fordert, wird als erledigt erklärt. Der Antrag 228 des Statutenrat wird durch den Verbandstag zu injizieren, als der Deutsche Bauarbeiterverband mit für die Produktion verantwortlich sein soll.

Achte Sitzung.

Paeplov: Es ist folgende Erklärung vom Genossen Schrader, dem Vorsitzenden des Zimmererverbandes eingegangen:

Unkläglich der Debatte über die Verschmelzungsfrage am Dienstagmorgen ist auch meine Organisation, der Zentralverband der Zimmerer Deutschlands, mit erwähnt worden. Hierbei soll ich ein Redner in dem Sinne geäußert haben, daß er es bebaure, daß gerade bei dieser Frage der Vertreter des Zimmererverbandes nicht zugegen sei. Diese Äußerung läßt den Schluß zu, als ob ich absichtlich der ganzen Frage aus dem Wege gegangen sei. Dies ist durchaus unrichtig. Ich habe es vielmehr von vornherein recht lebhaft beklagt, daß ich einer Versammlung in Freiburg wegen hier nicht zugegen sein konnte.

Es soll auch weiter ausgesprochen worden sein, daß wohl so lange eine Verschmelzung mit dem Zimmerer-Kollegen im Zimmererverband noch am Ruder sei. Hierzu erkläre ich, daß mir diese Frage ruhig der Zukunft zur Entscheidung überlassen können. Es wird sich dann ja zeigen, wieweit der betreffende Redner Recht hatte.

Selbstlich möchte ich nicht unterlassen, lassen, daß, als es feinerzeit die Vorlage für den Bauarbeiterverband vom Deutschen Bauarbeiterverband überreicht wurde, und dies ziemlich überaus rasch. Es ist deshalb auch wohl selbstverständlich, daß über eine so wichtige Frage weder unser Zentralverband noch unser Bauarbeiterverband selbständig sich natürlich ausdrücklich mit dem uns vorliegenden Projekt befaßigen.

Der Verbandstag kommt zu Punkt 4 der Tagesordnung: **Das Verhältnis zum Arbeiterverband und zu den Arbeitergenossenschaften.**

Töpfer, Hamburg: Wir haben jetzt unsern Tarifvertrag länger als ein Jahrzehnt. Er ist im Laufe der Zeit etwas umgestaltet und verbessert worden. Aber wir haben nicht alles erreicht, was wir angestrebt haben; im ganzen sind wir jedoch gut damit gefahren. Wir werden nicht unter allen Umständen einen Reichsarbeitsrat. Wir machen keinen Vorbehalt von seinem Ansätze abhängig. In dieser Beziehung stehen die Dinge heute nicht günstig. Wir haben diesmal eine Reihe neue Fragen zu regeln und stehen den Unternehmern gegenüber. Das tritt besonders hervor in der Beziehung zum Reichsarbeitsrat. Das Verhältnis zwischen uns und der Reichsarbeitsrat ist ein sehr schwieriges. In dieser Beziehung stehen die Dinge heute nicht günstig. Wir haben diesmal eine Reihe neue Fragen zu regeln und stehen den Unternehmern gegenüber. Das tritt besonders hervor in der Beziehung zum Reichsarbeitsrat. Das Verhältnis zwischen uns und der Reichsarbeitsrat ist ein sehr schwieriges. In dieser Beziehung stehen die Dinge heute nicht günstig. Wir haben diesmal eine Reihe neue Fragen zu regeln und stehen den Unternehmern gegenüber. Das tritt besonders hervor in der Beziehung zum Reichsarbeitsrat. Das Verhältnis zwischen uns und der Reichsarbeitsrat ist ein sehr schwieriges.

Die finanzielle Regelung ist gewiß schwierig, aber es muß eben ein Weg gefunden werden. Schwierig ist es auch, die gestiegene Last der Ferien zu tragen, weil die Zeit, in der wir nicht arbeiten, nicht bezahlt wird. Die Unternehmern schlagen jetzt eine Kommission vor, die prüfen soll, ob im Bauwesen die Ferien durchführbar sind. Eine dritte Kommissionsfrage ist die Verteilung der Arbeiter auf die verschiedenen Berufe. Auch hier liegen die Unternehmern unsere Forderungen ab. Sie wollen absolut nicht über das Maß hinausgehen. Eine weitere wichtige Frage ist die Arbeitszeit. Wir glauben, mit der heutigen protokollarischen Erklärung leben zu können. Die Unternehmern wollen aber die Arbeitszeit allgemein verlängern lassen. Davon, daß sie zu dieser Forderung gekommen sind, ist ein Zeit unserer Vereine nicht unzufrieden. Manche Vereine haben die Arbeitszeit auf den Berufsgruppen verboten, die in Afford arbeiten sollten. Vor 10 Jahren konnte der Unternehmern die Kollegen noch zur Arbeitszeit zwingen und die Löhne selbstherrlich festsetzen. Heute kann er das nicht mehr. Es kann nur in Afford erreicht werden, wenn der Tarif vereinbart wird. Wir sollten die Berufsgruppen freistellen, ob sie in Afford arbeiten wollen oder nicht. Die Unternehmern wollen weiter die achtstündige Arbeitszeit überweisen, wenn der Sonnabend nachmittags frei ist. Sie wollen die achtstündige Arbeitszeit durch jedoch nicht dazu führen, daß unsere Kollegen noch nebenher Schwarzarbeiten auf eigene Rechnung ausführen. (Sehr richtig.) Die Verbindlichkeitsklärung des Reichsarbeitsrat haben wir bisher abgelehnt. Das müßten wir, weil wir sonst bei der steigenden Zunahme der Arbeitsverhältnisse in der Bauwirtschaft, die zu dem Ergebnis geführt hätten. Man hätte uns das unter Umständen als glatten Tarifbruch ausgelegt. Nach Einführung der gleichen Lohnsala ist diese Gefahr nicht mehr groß. Der Arbeitsminister hat eine Bestimmung erlassen, wonach die in Fabriken die baugewerblichen Tarifbeschäftigten Bauarbeiter nicht unter dem Reichsarbeitsrat fallen. Wenn diese Bestimmung nicht befristet wird, können wir auch jetzt der Verbindlichkeitsklärung zustimmen. Der Tarifarbeiterverband hat die Vereinbarung von Hannover nicht angenommen. Wir müssen ihn deshalb von den Verhandlungen ausschließen. Zwischen uns haben wir die Arbeitsministerien in der Bauwirtschaft, die zu dem Ergebnis geführt haben, daß der Tarifarbeiterverband die Vereinbarung von Hannover anerkannt hat. Wir können nun wieder über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages mit ihm verhandeln, doch werden wir mit ihm einen besonderen Vertrag abschließen. Der Tarifarbeiterverband hat sich bis jetzt bei den Verhandlungen nicht beteiligt und den Verhandlungen immer ein Veto einbrachte. (Sehr richtig.) Wir werden in den nächsten Tagen weiter verhandeln. Wenn der Verbandstag den Abschluß eines Vertrages zustimmt, brauchen wir hier keinen Beschluß zu fassen und uns auf Einzelheiten festlegen. Wir können es der Verhandlungskommission überlassen, im Sinne der Aussprache auf dem Verbandstag die Verhandlungen zu führen. Zum Abschluß des Vertrages kann dann der Beirat hinzugezogen werden.

Paeplov, Hamburg: Wir haben im Bauwesen bis jetzt noch keine richtigen Arbeitergenossenschaften gehabt. Am Anfang des Krieges wurde zwar eine Zentralarbeitergenossenschaft gebildet. Auch in den einzelnen Vereinen wurden Arbeitergenossenschaften geschaffen. Sie wollten Arbeit beschaffen und dadurch die Arbeitslosigkeit verhindern. In der Zentralarbeitergenossenschaft hatten wir nur wenige Mitglieder. Die kamen bald zu der Überzeugung, daß sie nicht viel leisten können. Später hofften wir, daß sie beim Wiederaufbau helfen könnten. Auch daraus ist bis jetzt nichts geworden. Wir haben in der Arbeitergenossenschaft nichts festgestellt, was die Arbeiter bindet. In einzelnen Orten ist vielleicht nützliches geleistet, aber im allgemeinen haben die Arbeitergenossenschaften für das Bauwesen auf dem Papier.

Durch die Arbeitergenossenschaft im Bauwesen sind wir aber auch Teilhaber der Arbeitergenossenschaft für Industrie und Gewerbe, von der Vorschläge für die Vertretung in öffentlichen Körperschaften gemacht werden. Es ist zu bedenken, daß wir mit dem Austritt aus der Arbeitergenossenschaft auch unsere Vertretungen und unsern Einfluß in den Körperschaften verlieren, die von der Arbeitergenossenschaft mit befestigt werden, zum Beispiel im Reichsarbeitsrat. Wenn der Verbandstag die Arbeitergenossenschaft für das Bauwesen aufhebt, werden wir mit ihm einen Vertrag abschließen und die engste Arbeitergenossenschaft mit ihm bilden. Wenn es soweit ist, dann ist die Zeit gekommen, wo wir uns entscheiden müssen, ob wir uns den heutigen Arbeitergenossenschaften anschließen oder nicht.

Dazu liegt nachstehende Entschließung vor: **1. Der Verbandstag befaßt seine Bereitwilligkeit, auch in Zukunft in ein Vertragsverhältnis zu dem Arbeiterverband und dem Reichsarbeitsrat einzutreten, wenn der Inhalt des Vertrages den berechtigten Forderungen der Bauarbeiter entspricht.**

2. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand und die Verhandlungskommission, die Verhandlungen fortzuführen. Die Entscheidung über die Annahme oder Ablehnung eines Vertrages legt der Verbandstag in die Hände einer Körperschaft, die aus dem Verbandsvorstand, dem Beirat und noch zwei Kollegen aus jedem Verbandsteil besteht.

Beyrond: Wir kommen zur Aussprache. Zugleich stehen wir zur Debatte die Anträge 221 bis 223 zur Verhandlung. **1. Der Verbandstag beauftragt den Vorstand mit dem Reichsarbeitsrat für das Tarifbaugewerbe nur dann in Verhandlungen zu treten, wenn der Reichsarbeitsrat alle Forderungen des Bauwesens erfüllt, das Abkommen von Hannover anzuerkennen.**

Schlüter, Hamburg: spricht seine Mißbilligung über die Verlängerung des bisherigen Tarifvertrages aus. Die Lohnbedingungen müssen örtlich geregelt werden. Ebenso die Angelegenheiten der Beiräte und der Ferien. Auch die Beiräte der Bauarbeiter müssen mit geregelt werden. Wir müssen verlangen, daß die Beiräte der Arbeiter in den Bauwerken der Arbeitergenossenschaft mitgeführt werden. Zur Arbeitszeit will ich sagen, daß ein offener ehrlicher Afford für unsere Organisation besser ist, als die vielfach geübte heimliche Arbeitszeit. Über der jehige Zeitpunkt ist nicht zur allgemeinen Arbeitszeit geeignet, da es noch mehrentheils Arbeitslosigkeit gibt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Arbeitszeit 48 Stunden monatlich und 8 Stunden täglich nicht übersteigen darf. Werdungen Sie überall die 45-Stundenwoche und Bezahlung für 48 Stunden. Auch die Vergütung müßten mit bezahlt werden. Bei uns werden die Vergütung für die hoch- und Tiefbaugewerbe ein wenigmal gerade. Die Beschäftigungsmannschaft des Reichsarbeitsrat werden sollen wir nicht gefallen lassen. Es ist Zeit, die Arbeitergenossenschaft aufzulösen. Praktischen Wert hatte sie für uns nie.

Beyrond: Zur Debatte liegt auch ein Antrag 226a, der fünfzig Tarifverträge die Arbeitszeit gänzlich zu vertieren. Eingegangen ist ferner folgende Entschließung:

Die in den ersten Tagen der Revolution im Jahre 1918 gegründeten Arbeitergenossenschaften zwischen Arbeiter und Unternehmern sind nicht inlande, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und zu fördern. In der Zeit der gewaltigen wirtschaftlichen und sozialen Umwälzungen sind andere Aufgaben zu erfüllen. Der Weltkrieg hat in seinen wirtschaftlichen Auswirkungen eine starke Vertiefung und teilweise volle Zerrüttung der Lebens- und Wirtschaftsordnung gebracht, der den Klassenkampf der Arbeiter und die Arbeitergenossenschaften doch nur den Sinn haben, die gemeinsamen Interessen der Unternehmern und Arbeiter zu pflegen. Dadurch müßte aber der revolutionäre Kampf der Arbeiter gegenmirt werden. Dies kann und darf nicht Aufgabe des Bauarbeiterverbandes sein. Besonders aber müßte im Bauwesen noch die ganze Bauwirtschaft geschädigt werden und damit die Interessen der Allgemeinheit schwer verletzen. Die in der Bauwirtschaft jetzt herrschenden besonderen Verhältnisse bringen die Bauarbeiter in einen schweren Gegensatz zu den Arbeitergenossenschaften. Der dritte Verbandstag in Karlsruhe lehnt daher entschieden die Arbeitergenossenschaften ab.

Unterzeichnet: **Güttmann** und 23 Kollegen.

Güttmann wünscht zur Begründung des Wort außer der Mehenfolge. Die Abstimmung ergibt, daß der Verbandstag damit einverstanden ist. Das Wort erhält

Güttmann: Ich kann sehr kurz sein. Paeplov begründete seine Entschließung damit, daß die Arbeitergenossenschaften uns nicht genügt, aber auch nicht geschadet hätten. Dann können wir sie auch fahren lassen. Aber sie schaden uns unter Umständen. Die Bauunternehmer haben noch oder hatten Einfluß in den Gemeinden und Staaten, den sie zu ihren Gunsten ausnützen. Dadurch schaden sie der Allgemeinheit, da fast nur Staaten und Gemeinden launen. Wir können daher nicht mit ihnen eine Genossenschaft bilden. Ich bitte Sie, die Entschließung möglichst einstimmig anzunehmen. (Zustimmung.)

Krieger, Königsberg: begründet seinen Antrag, indem er das Verhalten der entsprechenden Unternehmern schildert. Redner polemisiert gegen die Zustimmung des Verbandes zu dem Abkommen mit dem Reichsarbeitsrat für das Tiefbaugewerbe. Wir können die Arbeitszeit nicht ganz aus dem Vertrag fortlassen, da wir sonst dem wilden Afford Tür und Tor öffnen. **Schlüter, Bremen:** Wenn in unsern bisherigen Debatte das Wort erwähnt wurde: Gewerkschaften, Siphonarbeit, so läßt die jehige Debatte erkennen, daß sich der Verbandstag diesen Grundgedanken nicht zu eigen macht.

Ziehereien, Steinfeilerei, Scharfschleiferei, Draht- und Stichtengeräte aus Eisen oder Blech, Blechwaren, Drahtwaren, Spielwarenfabrikation, Klempnerei, Polsterer und sanitäre Anlagen.

Gruppe XII. Staatliche und kommunale Behörden und Institute: Museen, Bibliotheken, Strafanstalten, Krankenhäuser, Wohlfahrtsanstalten, Lehr- und Erziehungsanstalten, Prüfungsinstitute, alle Staatsämter und Landesämter (Ministerien), alle kommunalen Institute (Wasser, Wasser, Elektrizitätswerke, Straßenreinigung, Schuttmannschaft, Feuerlöschwesen, Sicherheitswehr, Steuerbehörden, Magistratsangelegenheiten, Post und Telegraphen).

Gruppe XIII. Verkehr: Eisenbahn, Straßenbahn, Kleinbahn, Omnibus Expedition und Güterbeförderung, Automobilwesen, Frachtdienste aller Art, Post- und Schiffsverkehr, Luftverkehr, Seefahrt, See- und Binnenwasserstraßen, Schiffsbefrachtung, Seefriedens (Schleusen- und Kanalarbeit).

Gruppe XIV. Bergbau, Hütten und Salinen: Stein- und Braunkohlenbergbau, Zerkleinigung, Verfeinerung, Erz- und Salzsäure (Kalk) Bergbau, Aufbereitungsanstalten, Verkokung, Eisen- und Stahlherstellung, Bergbau, Salinen.

Gruppe XV. Sozialversicherung: Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Arbeitslosigkeit fast auch nach vorliegendem Jahrgangswert wieder etwas zugenommen, und zwar nach dem Verhältnis zum Mittelwert von 2,18 im vorigen Jahrgang auf 2,30. In einigen der in den letzten Wochen an der Zunahme beteiligt gewesenem Bezirken ging die Arbeitslosigkeit diesmal wieder etwas zurück. So in Danzig von 7,6 auf 4,9, in Magdeburg von 10,2 auf 9,1, in Berlin von 5,4 auf 4,4, im Bezirk Nürnberg von 4,0 auf 3,7. Im Bezirk Leipzig blieb dies bei den letzten beiden Jahrgängen auf 4,4. In den von der Zunahme am stärksten betroffenen Bezirken stieg das Verhältnis fast dem vorigen Jahrgang in Bremen von 3,8 auf 4,7, in Dresden von 4,2 auf 4,7, in Frankfurt von 3,2 auf 4,4, in München von 2,5 auf 2,9. Im Bezirk Stuttgart es wiederum 2,8, in den übrigen Bezirken bedeutend unter 2,0. In den Bezirken Magdeburg und Dortmund ist die Arbeitslosigkeit am geringsten, sie kommt hier eben auf 0,1 von je 1000 Mitglidern. Das Verhältnis der zu unterliegenden Arbeitslosen stellte sich auf 0,77 gegenüber 0,69 in der Vorwoche, nahm also wieder etwas zu.

Table with 10 columns: Bezirk, Zahl der Arbeiter, Zahl der Arbeitslosen, etc. Rows include Königsberg, Danzig, Berlin, etc.

Etwas über die Arbeitslofenfürsorge im Münsterlande.

Bereits seit Monaten macht sich im Münsterlande, besonders in den Gebieten der Textilindustrie, eine große Arbeitslosigkeit bemerkbar. Namentlich sind im Eisenbetriebe Bezirk Arbeiter ohne Arbeit. Der größte Teil dieser Arbeiter konnte bisher in den Bergwerken, im Eisen- und Stahlbetriebe in Münster aufgenommen werden. Ein kleinerer Teil wurde mit Notstandarbeiten (Reparatur in Eisenbetrieben und Metallarbeiten im Amt Saarbed) beschäftigt. Bereits im Herbst 1919 bereitete es den Organisationsfragen große Schwierigkeiten, für die dabei beschäftigten Arbeiter auch nur einen einigermaßen ausreichenden Entlohnung zu erreichen. Namentlich war es im Amt Saarbed Saarbed unmöglich, die abgeschlossenen Tarifverträge durchzuführen, weil die Amtverwaltung sich aufzulehnen erklärte, für diese Notstandarbeiten Tariflöhne zu zahlen. Als nun in letzter Zeit die Arbeitslosigkeit wieder stärker einsetzte, wurden vor einigen Wochen im Amt Saarbed Entlohnung von neuen Tarifverträgen begonnen. Die Arbeiter erhielten täglich 15 M bei achtstündiger Arbeitszeit. Es handelte sich also wirklich um Notstandarbeiten, das heißt um Arbeiten, die Vorräte der Arbeitslosigkeit auszumachen. Das nun so ist, geht aus daraus hervor, daß nicht etwa gemeindliche Notstandarbeiten, sondern Metallbetriebe einer privaten Genossenschaft in Frage kommen.

Der nachstehend wiedergegebene Briefwechsel beweist, in welcher Weise die Bauern beschaffen, aus der Arbeitslosigkeit für sich Kapital zu schlagen. Offenheit bringt er

den Erarbeitern des Münsterlandes die Einsicht, daß sie sich nur durch engen Zusammenhalt im Deutschen Bauarbeiterverbande menschenwürdige Verhältnisse schaffen können. Am 7. Mai dieses Jahres schrieb der Amtmann von Saarbed unser Bezirksvereinsvorstand in Münster folgendes:

In meinem rein ländlichen Amte werden Metallbetriebe und Metallbetriebe vorgenommen. Diese Arbeiten sind Notstandarbeiten. Nach einer Berliner Anordnung sollen bei Notstandarbeiten mögliche Löhne gezahlt werden, damit nicht durch zu hohe Löhne der Landwirtschaft alle Arbeitskräfte entzogen werden. Die bisherigen Arbeitslöhne erhalten 15 M im Tage bei achtstündiger Arbeit. Die Arbeiter hier selbst sind damit zufrieden, weil der Lohn nach diesen Verhältnissen ausreicht. In dem 8 km entfernten liegenden Industrieamt Emsdetten sind nun viele Arbeitslöhne. Das Amt ist an mich herangetreten, die Arbeiter hier zu beschäftigen. Auf meinen Vorwand, daß hier nur 15 M Lohn im Tage gezahlt würde, der für einen bezahlten oder selbständigen Arbeiter in Emsdetten nicht ausreicht, erklärte das Amt, daß auch an die Emsdettener Arbeiter kein höherer Lohn gezahlt werden brauche. Mit vieler Mühe gewann ich einen Fuhrmann, der sich bereit erklärte, für 60 M im Tage Arbeitslöhne von Emsdetten nach Saarbed zu holen und auch abends wieder fortzubringen. Die Arbeiter meines Bezirkes waren damit einverstanden, daß ich den Emsdettener Arbeitern den Vorkzug gab, daß sie statt 8 nur 7 Stunden im Tage arbeiteten.

Unter Bezugnahme auf die früheren Verhandlungen bezog ich Schreiben vom 13. Januar 1920 und meine Antwort vom 2. Februar 1920, Nr. 174 - bitte ich um Auskunft, wie sich der Verband zu dieser Anordnung stellt. Beim Reichsarbeitsminister bin ich darum eingekommen, auf Wunsch der Arbeiter Klord einzuführen. Bei Klord werden sich die Löhne bedeutend erhöhen. Von der Regierung in Münster habe ich erfahren, daß meine Erklärung bezüglich der Klord vorliegt. Als Arbeiter kommt hauptsächlich in Frage das Herstellen von kleinen Nannspindeln und das Binden von Faschinen. Im Klord stellt ein Mann 40 Spindeln her. Werden für die Herstellung eines Spindels 20 M gezahlt, so kann ein Mann mit Beschäftigung über 100 Spindeln herstellen. Wie stellt sich der Verband zum Klord? Man muß bei diesen Arbeiten berücksichtigen, daß die Entlohnungs- und Aufzubehaltungskosten durch Kleinlohn gedeckt werden. Werden diese Schulden zu hoch, so ist eine Rentabilität ausgeschlossen und es wird etwas geschaffen, was mit Sicherheit länger Zeit zusammenbricht. Auch muß man bedenken, daß die kultivierte Heideboden erst nach Jahren mal anfangt, Erträge zu bringen, und dieses nur dann, wenn er mit neuem Kunstdünger mehrere Jahre reichlich gedüngt ist. Sind die Lebensmittel dann infolge der Einfuhr gestiegen, so bringt der Boden nicht mehr, als einmal so viel Ertrag ein, wie die Schuldenzinsen zu bezahlen. Der Fabrikant, der Gemarkbetriebe, der Landwirt schlägt die hohen Löhne auf die Ware. Dieses ist hier nicht möglich, weil zurzeit gar kein Verdienst vorliegt.

Siehe auf antwortete unser Bezirksvereinsvorstand am 13. Mai:

Er sei der Ansicht, daß nicht bei allen Notstandarbeiten eben weiteres die Tarifhöhe in Anwendung zu kommen haben. Allerdings ist eine Notstandarbeiten nicht in dem Sinne aufzufassen, daß die Notlage der Arbeitslosen ausgenutzt wird, um auf diese Art billige Arbeitskräfte zu bekommen. Das letztere scheint bei den Notstandarbeiten in Frage zu kommen, wenn der Lohn der Notlage der Arbeiter nicht zu hoch ist, sondern ein gewisses Entkommen in der Höhe sein soll, bei den heutigen Verhältnissen auch nur zu verdienen, viel weniger noch eine Familie zu ernähren, dürfte nur der dortigen Amtsverwaltung beziehungsweise Ihnen selbst bekannt sein. Es würde für Sie Herr Amtmann einen Dienst für das allgemeine Wohl bedeuten, wenn Sie dies Vergehen einmal bei Seiten mit mir teilen wollten. Ich würde ich es praktisch, wenn Sie diese nur einmal in Vierteljahre an sich und Ihrer Familie praktisch ausprobieren und dann öffentlich über das Ergebnis berichten. In Bezug auf die Auszahlung der Arbeiter in Klord bin ich der Ansicht, daß dieses zulässig ist, wenn die Arbeiter einmütigen sind. Jedoch wollen Sie auch dabei noch wieder die Erwerbslosen ausbeuten. Wenn jetzt nach Ihrer eigenen Angabe ein derartiger Pfah 38 S kostet, ist es nämlich nichts anderes, wenn Sie in verhältnismäßiger Weise 20 S zahlen wollen. Herr Amtmann! Ich kann die dortige Verwaltung nicht zwingen, einmütigen Seiten zu zahlen, aber ich werde nicht bestehen, jederzeit und allerorts die dortige Arbeitslofenfürsorge ins rechte Licht zu rücken.

Diese Antwort schrieb unser Vereinsvorstand unter dem Gesichtspunkte, daß es sich um kommunale Notstandarbeiten handelte und nicht um ausgeprochene Notstandarbeiten, für die für das ganze Münsterland tarifliche Bestimmungen vorhanden sind. Am 10. Februar war er, als Arbeiter einmütigen in der Höhe sein soll, bei den heutigen Verhältnissen auch nur zu verdienen, viel weniger noch eine Familie zu ernähren, dürfte nur der dortigen Amtsverwaltung beziehungsweise Ihnen selbst bekannt sein.

Das dortige Schreiben vom 13. Mai 1920 habe ich erhalten. Aus demselben sehe ich zu meinem Bedauern, daß die ganze Arbeitslosigkeit hier selbst als ein Unternehmen von mir persönlich angesehen wird. Wenn es noch meinem Interesse wäre, würden die Arbeiter auch 20 M beziehen. Das Unternehmen geht nicht vom Amt oder der Gemeinde aus, sondern von größeren Anzahl Landwirte, die sich zu Genossenschaften vereinigt haben. Die ganzen Angelegenheiten werden vom Vorstand verwaltet. Ich bin zum Vorsteher der Genossenschaft gewählt. Das sind auszuführen, was der Vorstand beziehungsweise die Genossenschaftsleitung beschließt und erhalte für diese Tätigkeit 300 M jährlich. Auch aus der mir gewöhnlich Vergütung sehen Sie, daß die Landwirte mit dem Gelde sehr zurückhaltend sind.

Ich habe jetzt mit den Arbeitern einen Accord vereinbart, so daß dieselben 25 bis 30 M pro Tag verdienen. Auf meine Bitte war heute der mit mir bekannte Arbeitersekretär Duenenig der christlichen Bauarbeiter Münster hier und habe ich mit demselben Vornachungen getroffen. Ich persönlich tue im Interesse der Arbeiter, was ich kann. Sie sagen, sie könnten die Bauern nicht zwingen. Ich kann es erst recht nicht, denn ich bin hier Angestellter. Auch ich möchte einen höheren Lohn haben, denn ich habe jeden Tag 3 bis 4 Stunden für die Genossenschaft aufzuwenden und erhalte pro Stunde 25 S. Jedes Wort der Kritik würde dies Schreiben nur abschwächen, es spricht für sich selbst. Offenheit merkt jetzt die Erarbeitern, wozu sie gehören, um eine Verbesserung ihrer Lage zu erreichen.

Auf den Inhalt der Vornachungen, die der christliche Angestellte mit dem Arbeiter der Genossenschaft getroffen hat, sind wir gespannt. Zu bemerken ist nur noch, daß für diese Arbeiten ein gültiger Tarifvertrag besteht, der einen Stundenlohn von 3,90 M vorsieht. Münster i. W. M. Peters.

Arbeitsmarkt. Die Firma S. Klose, Oberhausen im Rheinland, Elster 27, sucht Zementwarenarbeiter. Näheres durch unser Vereinsbureau. Wülheim a. d. R., Eppinghofer Straße 76.

Berichte. Bezirk Hildesheim. Am 25. Mai erhielt die Bezirksleitung eine Einladung vom Arbeitgeberverband, am 2. Juni einer Besprechung zur Erleuchtung der Vertragsdifferenzen beizuwohnen. Wie sich herausstellte, sollte es jedoch keine Besprechung sein, um sich über irgendwelche Schlichtungsfragen noch zu einer Einigung zu kommen. Wegen dieses Mißverständnisses war es nicht möglich, den Vereinen Nachricht zu geben, damit diese sich durch Entsendung von Vertretern daran beteiligen konnten. Da die Besprechung in Hildesheim stattfand, konnten nur die vom Verein Hildesheim bestimmten Vertreter hinzugezogen werden. Herr Heintz erneuerte das in der Verhandlung am 18. Mai gemachte, aber am Schluß wieder zurückgezogene Angebot. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die Unternehmer auf 4 Lohnklassen bestanden und folgende Lohnangebote machten: Lohngruppe I: Hildesheim, Schwarm, Göttrich, Wülfers, Stenzen, 5,15 M; Lohngruppe II: Volzenburg, Brunschwiler, Döberan, Fürttenberg, Neubrandenburg, Neustreit, Rordum und Schönberg, 4,40 M; Lohngruppe III: Dassel, Fehldorf, Friedland, Neustadt, Wahren, Mühl, Gredesmühlen, Godebalds und Regna, 4,30 M; Lohngruppe IV, unzufrieden alle nichtgenannten Orte, 4,25 M. Auf eine Verminderung des Unterschiedes in den Löhnen der Hilfsarbeiter von 15 auf 10 M wollten die Unternehmer nicht eingehen. Da das Angebot für die Arbeiter nicht annehmbar war, zeigte auch wir Gegenkommen und ließen in der von uns gewinnfähigen Gruppen-einteilung von dem geforderten Lohn 30 S ab. Es hätte aber nichts mehr. Herr Heintz lehnte jegliches Weiterverhandeln als nutzlos ab. Es blieb nun zu entscheiden, wie die Differenz zum Vertrag gebracht werden sollte. Nach längerem Auseinanderlegen kam eine Einigung zustande, dem Schlichtungsausschuß in Schwerin die Sache zu übertragen. Bemerk sei noch, daß auch diesmal Herr Heintz das Angebot als nicht gemacht wieder zurückzog. Die Arbeiter erklärten, dann auch auf ihren Forderungen bestehen zu müssen. Eine Reduktion des noch festzusetzenden Lohnes von 29. Mai wurde rundweg abgelehnt. Die Angaben über die Höhe der Beiträge, die den Vereinen zugegangen sind, stimmen nicht ganz. Es muß richtig heißen:

- I. Lohnklasse: 1. Jahr 1, - M., 2. Jahr 1,20 M., 3. Jahr 1,55 M. II. " 1. " -95 " 2. " 1,15 " 3. " 1,50 " III. " 1. " -90 " 2. " 1,10 " 3. " 1,45 " VI. " 1. " -85 " 2. " 1,05 " 3. " 1,40 "

Die Vereinsvorstände sind verpflichtet, dahin zu wirken, daß die Unternehmer diese Lohnsätze auch zahlen. Es ist möglich sein wird, auf dem Wege der Verhandlung auch die Löhne der Lehrlinge aufzubessern, muß abgewartet werden.

Anklam. Ueber die Firma H. Wulm in Ulfedom ist die Sperre verhängt, da sich der Unternehmer weigert, den vereinbarten Lohn von 4,20 M pro Stunde zu zahlen. Der Antrag ist ferngeblieben.

Darmstadt. Die hiesige Firma „Kantatische Zementwerke G. m. b. H.“ entließ am 20. Mai zwei Arbeiter, ohne diesen den restlichen Lohn ordnungsgemäß zu zahlen. Es handelt sich für jeden Arbeiter um 90 M. In einem hiesig gehaltenen Schreiben machte nun die Vereinsleitung die Firma darauf aufmerksam, daß der fehlende Lohn nachzugeben sei. Weiterhin fragte sie an, warum die Leute entlassen seien; es hätte sich jedenfalls ein Weg finden lassen, die beiden Kollegen weiterzubehalten. Darum erhielt sie nachstehendes Schreiben als Antwort:

Sie fragen, warum die Entlassung erfolgt ist. Dann den Urungschaften der Revolution und der distanzlichen Wirtschaftsführung unserer Regierung erhalten wir keine Möglichkeit mehr, so daß der Betrieb eingestellt werden mußte. Wir haben die Hoffnung auf die hiesigen Arbeiter, denen uns ein gewisser Philipp von Gassel entgegengekommen wollte, mit rund 200 000 M. Lohnzulage bezahlt. Wir glauben damit der Unruhm der regierungswidrigen Wirtschaftsmassnahmen genüge getan zu haben. Darmstadt, den 29. Mai 1920. Kantatische Zementwerke. F. Wolf.

Wir haben bisher nie etwas anderes gehört, als daß uns Wilhelm von Amerongen „herrlichen Zeiten“ entgegenzuführen wollte. Wir haben auch immer vernommen, daß die

Maßnahmen der Entente und die Hoffstoffzufuhr abschneiden. Nach Fr. Poof er ist das alles nicht wahr. Philipp von...

Denarbrief. Ein schlafertiger Polier, der immer noch nicht begriffen hat, daß wir nicht mehr in den...

Nach dem Bericht in Nummer 22 des „Grundstein“ hat der Kollege Otto auf dem Verbandstag gesagt, der Kollege...

Zu dieser Berichtigung, deren Notwendigkeit ich anerkenne, habe ich zu bemerken, daß ich auf dem Verbandstag nicht...

Verband gewerblicher Genossenschaften. Von Bauarbeiter-Produktionsgenossenschaften werden wir...

Vom Bau. Unfall. In der Grube Braßler bei Mari i. W. ist unser Kollege, der Maurer Hermann Weipert aus Peterswaldbach...

Der Dorfmunder Verein für Ziegelgefäbrfabrik gibt in seinem Geschäftsbericht bekannt, daß im letzten Geschäftsjahr nur...

wenige Werte in Betrieb waren. Insgesamt wurden 5901 000 Steine hergestellt. Der Verkauf betrug 9 200 000 Steine...

Soziales.

Wohnungsaufsicht und Wohnungsbesetzung. Die Wohnungsaufsicht ist nunmehr in allen größeren Ländern...

Zentralfrankenteasse.

Table with financial data: Rechnungsbilanz über das 1. Quartal 1920. Cinnahme. Barer Bestand am Anfang des 1. Quartals...

Ausgabe.

Table with financial data: Rantengeld an Mitglieder der 1. Kl. 102134,60 M. Sonstige Ausgaben...

Abschluß.

Table with financial data: Summa der Cinnahme. 388199,14 M. Summa der Ausgabe...

Vermögensanweis.

Table with financial data: Barer Bestand laut Abschluß. 98706,46 M. Besetzte Kapitalien...

Vorsitzender Rechnungsabluß ist von uns residuiert und Das Kassenevermögen ist uns vorzulegt respektive nachgewiesen worden.

Gamburg, den 4. Juni 1920. Für den Aufsichtsrat: S. Gader. A. Schlichting. A. Kleinstedt.

Im Monat Mai sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Altona 300 M., Kirchstadt...

Zuschüsse erhielten: Danzig 100 M., Preßnitz 200, Hamburg 1 300, Harburg a. S. 600, Jüterbog 200, Rößlin 75, Mölin i. B. 70. Summa 1245 M.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Anufagefordert, seinen Verpflichtungen nachzukommen wird vom Bezirksverein Dyck: Fröh Wolf, Maurer, geboren...

Vom 20. Mai bis 6. Juni haben folgende Vereine an die Hauptkasse geliefert: Aue 1500 M., Annaberg 220...

Sterbetafel.

Durch den Tod verlor der Verband folgende Mitglieder: Ringeburg, Norbert Wenger, 42 Jahre alt. Berlin, Adolf...

Anzeigen.

Der Bezirksverein Annaberg sucht zum 1. Juli einen Geschäftsführer. Bewerber müssen 5 Jahre Mitglied des Verbandes...

Bezirksverein Ringeburg.

Die bei der Firma Bartel, Friede und Jahnisch, Baustelle Bahndamm Rüssen-Dorf, beschäftigt gewesenen Kollegen...

Bezirksverein Rosenheim.

Die Baugearbeiter der Firma Wolf in Pfaffenhausen a. M. wollen ihre reichhaltige Ausrüstung abgeben...